RHEINISCHE POST

Aus Bochum nach Fukushima

Das Programm "LabExchange" ermöglicht es Studierenden der Ruhr-Universität, eine Zeitlang im Ausland zu forschen. Dort bekommen sie neue wissenschaftliche Impulse, die ihnen an der Heimat-Uni nützen können.

VON ISABELLE DE BORTOLI

BOCHUM Es war ein Angebot, wie es so nicht jedem zuteil wird: Mehrere Monate am Massachusetts Institute of Technology zu forschen, einer der US-Elite-Universitäten - und das schon während des Studiums. Für Michael Schulthoff, Maschinenbau-Student an der Ruhr-Uni Bochum, gab es genau dieses Angebot: Er schickte eine Mail ans MIT, weil ihn die dortige, ganzheitliche Energie-Forschung, die "Energy Initiative", interessierte, die die Energie-Problematik auch unter ökonomischen und soziologischen Aspekten beleuchtet. "Tatsächlich kam die Antwort vom MIT: Komm vorbei." Dass er sich diese Chance nicht entgehen lassen konnte, war für den 26-Jährigen klar, doch: "Der Aufenthalt war ziemlich kostspielig, ich konnte das nicht finanzieren."

Hilfe gab es unter anderem durch das Programm "LabExchange" der Ruhr-Uni, das seit 2016 existiert und durch den Qualitätspakt Lehre des Bundesministeriums für Bil $dung\,und\,Forschung\,gef\"{o}rdert\,wird.$ "Ziel ist es, Studierende international mobiler zu machen, sie schon während des Studiums in Forschungsprojekte einzubinden und ihnen interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln", sagt Sonja Yeh, Koordinatorin für "LabExchange". "Dazu gibt es Zuschüsse zu Reiseund Unterkunftskosten. Die Studierenden forschen dabei zum Beispiel im Labor, machen Datenerhebungen, führen qualitative Interviews, machen Ausgrabungen oder arbeiten mit Software, die es an der Ruhr-Uni nicht gibt."

Studierende aller Fächer sind angesprochen. "Wichtig ist, dass es sich um einen Forschungsaufenthalt, nicht um ein Auslandsstudium handelt", so Yeh. "Sie bilden internationale Netzwerke, gewinnen andere Perspektiven. Das Programm richtet sich nicht an die große Masse der Studierenden, sondern an die, die wissenschaftlich interessiert sind, die sich vielleicht für eine Promotion interessieren, die lernen wollen, wie man wissenschaftlich arbeitet."

Auch für Michael Schulthoff eröffnete sich am MIT eine neue Welt mit gen: "Ich war in ein Projekt eingebunden, das sich mit der Rolle von



Die Bochumer Studentin Dunja Sharbat Dar forschte im japanischen Fukushima zu den Auswirkungen des Reaktorunglücks meinschaften.

Wasserstoff in zukünftigen Energie-Systemen beschäftigt. Ich habe so viel gearbeitet wie noch nie, war selten weniger als 12 Stunden in die Forschungsprozesse eingebunden. Das machen aber alle dort so: Es herrscht ein besonderer Spirit am MIT, es ist wahnsinnig international, alle sind unglaublich passioniert."

Den gleichen Weg ebnete "LabExchange" für Dunja Sharbat Dar. Die Studentin mit dem Schwerpunkt Religionen Ostasiens war im Jahr 2018 mit dem Förderprogramm in Japan, machte Feldforschung in Fukushima. "Es ging mir um die Frage, wie religiöse Gemeinschaften sich durch das Reaktorunglück verändert und entwickelt haben."

Von Bochum aus vereinbarte die 27-Jährige, die sich schon lange für die japanische Kultur begeistert und auch die Sprache spricht, wer sie vor Ort betreuen würde. In Japan angekommen, lebte sie sich zunächst an der Uni ein, schaute sich den Campus an, vernetzte sich mit Professoren. "Und natürlich habe ich mir auch das Land angeschaut."

Mit dem Professor vor Ort kontaktierte Dunja Sharbat Dar wichtige Ansprechpartner aus religiösen Gemeinschaften, interviewte Pastoren und geistliche Leiter. Immer ging es um die Leitfrage, wie sich das religiöse Leben in Fukushima seit 2011 verändert hat und wie es sich auf die Gemeinschaften ausgewirkt hat, ihren religiösen Ort durch Erdbeben oder Radioaktivität verloren zu haben. "Ich habe mich außerdem auf Konferenzen vernetzt. Die Studierenden in Japan hat es übrigens überrascht, dass ich als Masterstudentin schon eigene Forschung machen konnte." Zurück in Bochum schrieb Dunja Sharbat Dar aus ihren Forschungsergebnissen ihre Masterarbeit, promoviert heute über die Religionen Ostasiens.

INFO

Das Angebot gilt für alle Studierende

Bewerbung Bachelor- und Masterstudierende können sich für forschungsorientierte Auslandsaufenthalte im Rahmen von "LabExchange" bewerben.

www.ruhr-uni-bochum.de

NRW-Hochschulen sichern sich mehr Drittmittel

DÜSSELDORF (dpa) Die Hochschulen in NRW stützen sich finanziell verstärkt auf sogenannte Drittmittel von öffentlichen und privaten Stellen. Allein von 2017 bis 2018 legten sie um mehr als acht Prozent auf 1,4 Milliarden Euro zu, wie das Statistische Landesamt IT.NRW in Düsseldorf mitteilte. Insgesamt gaben die nordrhein-westfälischen Hochschulen (ohne medizinische Einrichtungen der Hochschulen) 2018 rund sieben Milliarden Euro für Lehre und Forschung aus. Laut IT.NRW waren das etwa 423 Millionen Euro oder 6,4 Prozent mehr als im Jahr 2017. Größter Ausgabeposten mit fast 60 Prozent war das Personal. Experten sehen die zunehmende Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln kritisch: Damit steige auch die Ungleichheit in der Hochschullandschaft zwischen erfolgreichen und abgewiesenen Antragstellern, sagte Roland Bloch, Hochschulforscher an der Universität Halle-Wittenberg. Das Geld fließe zudem in den meisten Fällen in die Forschung, nicht aber in die Lehre.

Uni untersucht koloniales Erbe

GÖTTINGEN (dpa) Die Herkunft menschlicher Schädel und Skelette in ihren Sammlungen will die Universität Göttingen in einem dreijährigen Modellprojekt erforschen. Untersucht werden solle, ob die Überreste unrechtmäßig erworben wurden, ob sie aus ehemaligen Kolonien stammen und wie mit ihnen umzugehen ist, teilte die Hochschule mit. Das Projekt beziehe Vertreter und Wissenschaftler aus Gebieten, aus denen die menschlichen Überreste vermutlich stammten, ausdrücklich ein. Damit solle eine Diskussionsplattform eröffnet werden, hieß es. Die Volkswagenstiftung fördert demnach das Projekt mit 980.000 Euro. In den Fokus genommen werden die Anthropologische Sammlung und die so genannte Blumenbachsche Schädelsammlung der Göttinger Universität. Das Deutsche Reich war verglichen mit der Kolonialgeschichte anderer europäischer Staaten nur kurz Kolonialmacht. Dennoch gelangten zwischen 1884 und 1918 unzählige Kulturgüter aus den beherrschten Regionen vor allem in Afrika unrechtmäßig in deutsche Museen und Sammlungen.

KOLUMNE STUDENTENLEBEN

Bitte aussteigen!

VON KENAN HASIC

Ein kalter Montag im Februar um 14 Uhr. Wie jeden Montag reise ich in die Universität, um meine tägliche Dosis Wissen abzuholen. Stets motiviert mache ich mich aus dem Haus, um meine Bahn zu nehmen. Ich registriere den eisigen Wind und die niedrige Temperatur und hoffe, dass die Bahn pünktlich kommt. Ich warte also auf die gute U79, die mich gleich zu meinem Seminar bringen würde. Dachte ich zumindest: Von der S-Bahn-Station Oberbilk fährt sie nur eine Station weiter bis zur Kaiserslauterner Straße, bis plötzlich der Gong erönt: "Alle Passagiere müssen aussteigen, die nächste

Bahn kommt in Kürze. Und da stehe ich, genervt, der raue Wind bläst in mein Gesicht, auf einem kleinen Bahnsteig mit 100 anderen Leuten, die auf eine Bahn warten, die auch mit mehr als 100 Leuten gefüllt sein wird. Sechs Minuten Wartezeit, der Wind hört nicht auf, und dann neigt sich auch aufgrund der Kälte der Akku meines Smartphones dem Ende entgegen und schaltet sich schließlich aus - trotz 30 Prozent Akkulaufzeit. Schöne Sache.

Endlich kommt die Bahn, das Gedrängel ist groß – und was passiert? Es gibt keinen Platz mehr für

mich in der Bahn. Ich werde erneut zum Warten verdonnert. Weitere fünf Minuten Wartezeit, der raue Wind bläst immer noch. Ich war mit meiner Geduld so langsam am Ende, mein Handy reagiert gar nicht mehr, es gibt immer noch Gedrängel, irgendwo schreit ein Kind - und mit einem Blick auf die Uhr stelle ich fest, dass ich zu meinem Seminar verspätet erscheinen werde. Ganz toll.

Immerhin funktioniert es im zweiten Anlauf. Die Bahn kommt, ich habe einen Sitzplatz, gleichwohl komme ich verspätet ins Seminar. Was lerne ich daraus? Am nächsten kalten Morgen wärmer anziehen und es mit dem Bus versuchen. Hoffentlich bleibt er nicht



Kenan Hasic studiert Medien- und Kulturwissenschaften an der Heine-Universität Düsseldorf. FOTO: PRIVAT

30.000 Pflege-Studienplätze gefordert

Stiftungen warnen vor sinkenden Bildungsstandards und raten zu mehr Professionalisierung.

KÖLN (RP) Die Robert-Bosch-Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung und die Stiftung Münch warnen davor, die Bildungsstandards in der Pflege zu senken. In einemPositionspapier rät die Stiftungsallianz zu einem entschlossenen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Ziel müsse eine nachhaltige Professionalisierung und Aufwertung der Pflege sein, mit erheblich mehr akademisch ausgebildeten Pflegekräften und Karrieremöglichkeiten für alle Beschäftigten. Notwendig seien zeitnah rund 30.000 Studienplätze und entsprechende Konzepte für den sinnvollen Einsatz akademischer Fachkräfte in der Pflegepraxis.

"Die Realität zeigt, dass das Bild "Pflege kann jeder" gefährlich ist und nicht gegen den Fachkräftemangel hilft", sagt Bernadette Klapper, Leiterin des Bereichs Gesundheit der Robert-Bosch-Stiftung. "Deutschland leistet sich eine sehr gute Breitenmedizin, eine wettbewerbsfähige Spitzenmedizin und zugleich einen Dauerpflegenotstand. Um die Pflege in der Fläche zu sichern, müssen wir zusätzlich für Spitzenpflege sorgen. Nur wenn die Attraktivität des Berufsbildes steigt, werden wir langfristig genügend Personal gewinnen können", so Klapper.

Unter dem Titel "Pflege kann

mehr" formulieren die Stiftungen in ihrem Papier fünf zentrale Positionen: zur Professionalisierung, zu erweiterten Kompetenzen, zur Akademisierung und Selbstverwaltung sowie zur Förderung von Exzellenz in der Pflege. Die aktuellen Bemühungen um Verbesserungen wie zuletzt in der Konzertierten Aktion Pflege (KAP) vereinbart, begrüßt die Stiftungsallianz. In ihren Positionen weist sie insbesondere auf Aspekte hin, die in der Umsetzung der KAP-Ergebnisse noch zu stärken sind. Dazu gehört der spürbare Ausbau von Pflegestudiengängen an Hochschulen und Universitäten. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, bis zu 20 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs in den Gesundheitsberufen akademisch zu qualifizieren. Dafür müssten jährlich mindestens 10.000 Studienplätze bereitgestellt werden. Bei drei Jahren Studiendauer seien das rund 30.000 Studienplätze und damit deutlich mehr, als es heute gibt.

In ihrem Papier verweisen die Stiftungen auf internationale Beispiele, die zeigen, wie der professionellen Pflege mehr Verantwortung übertragen werden kann. "In vielen Nachbarländern werden seit langem gute Erfahrungen mit der partnerschaftlichen Aufteilung der Heilkundeverantwortung zwischen verschiede-



Eine Pflegekraft geht mit einer älteren Dame über den Flur.

nen Berufsgruppen gemacht. Dabei wird verstärkt auf akademisch qualifizierte Pflegefachpersonen gesetzt, die in enger Kooperation mit Ärzten und weiteren Akteuren Patienten und Pflegebedürftige eigenverantwortlich diagnostisch und therapeutisch versorgen", betont Boris Augurzky von der Stiftung Münch. Auch die Kompetenz, bestimmte Medikamente und Hilfsmittel selbständig verordnen zu können, gehört für die professionell Pflegenden in anderen Ländern zum Alltag. Eine entsprechende Neujustierung der Gesundheitsberufe in Deutschland wird derzeit vom Bundesgesundheitsministerium geprüft. "Es

braucht jetzt den entschiedenen Umsetzungswillen bei Politik und Verantwortlichen, dies auch bei uns zeitnah anzugehen", so Augurzky.

Darüber hinaus raten die Stiftungen dazu, die Rolle der Pflege in der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zu stärken. "Dort, wo es um Entscheidungen geht, die Auswirkungen auf die pflegerische Versorgung haben, muss auch die professionelle Pflege mit am Tisch sitzen", sagt Uwe Schwenk von der Bertelsmann-Stiftung. "Ihre Kompetenzen und ihr Mittun sind ja schon jetzt unverzichtbar. Die Pflegenden sollten sich selbst aber auch stärker organisieren und in die Debatten einbringen", so Schwenk. So existieren beispielsweise schon heute Pflegekammern in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wird an deren Errichtung gearbeitet.

Diese Entwicklung sollte aus Sicht der Stiftungen von den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern gefördert werden. "Die Pflegekammern mit ihrer Pflichtmitgliedschaft bieten eine gute Möglichkeit zur organisierten Selbstbestimmung der Pflege, auch wenn damit die freiwillige Selbstorganisation der Pflegenden keineswegs obsolet wird", be-